

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 352

Einwohnerratssitzung vom Montag, 20. Februar 2006, 19.00 Uhr, in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	39 Einwohnerrats-Mitglieder 6 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	GR Elisabeth Schiltknecht, Gert Ruder
Vorsitz	Werner Graber
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Quartierplanvorschriften „Oberemattstrasse 40 – 44“, Pratteln, Parzellen 363, 364 und 5224, 2. Lesung	2396
2.	Quartierplanvorschriften Meierhof, Pratteln, 2. Lesung	2407
3.	Finanzplan 2006 – 2010	2395
4.	Teil-Revision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen der EWG Pratteln (Mietzinsbeitrags-Reglement), 1. Lesung	2397
5.	Interpellation von Ch. von Arx betr. „Umbau Bahnhof Pratteln“	2392
6.	Interpellation von Ch. von Arx betr. „Parkraumbewirtschaftung“	2402
7.	Motion von Beatrice Künzli betr. „Parkplatzbewirtschaftung“	2389
8.	Postulat der FDP-Fraktion betr. „Umnutzung Jugendhaus“, Antworten des Gemeinderates	2254
9.	Ersatz Lastwagen Unimoc U1000 mit Ladebrücke, Aufsatzstreuer und Schneepflug - Kreditfreigabe von CHF 311'000.—	2411
10.	Sanierung der Schulküche im Sekundarschulhaus Fröschmatt II, Pratteln, Bewilligung eines Bruttokredites von CHF 450'000.—	2412
11.	Interpellation von Ch. von Arx betr. „Geschäft Nr. 2328“	2403
12.	Beiträge an das Schiesswesen, Vertrag über die Schiessanlagen Lachmatt vom 2.12.1954	2414
13.	Neuer Gesellschaftsvertrag zwischen den Schiessplatzgemeinden Lachmatt	2413

14. Fragestunde (nach der Pause)

Neue persönliche Vorstösse:

- Antrag von Urs Hess betr. Änderung Ziff. 1.6.4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates,
 - Interpellation von Stephan Ackermann betr. „Tramschlaufe“
 - Interpellation von Stephan Ackermann betr. „Eisbahn“
-

Geschäft Nr. 2396
**Quartierplanvorschriften „Obere-
mattstrasse 40 – 44“, Pratteln,
Parzellen 363, 364 und 5224,
2. Lesung**
Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 15. November 2005 mit QP Reglement und Beilagen
- Neue Pläne

GR Rolf Wehrli: Die neuen Pläne haben Sie erhalten, die Fragen der ersten Lesung wurden abgeklärt und wir können in die zweite Lesung einsteigen.

Rös Graf: Wie verhält es sich mit den 15 Metern und dem Lärmschutz?

GR Rolf Wehrli: Wo und wann ist die Reduktion der Nutzung erfolgt? Das Projekt ist aufgrund der Erwägungen und des Beschlusses in der Vorprüfung der kantonalen Arealbaukommission vom 1.6.2005 komplett überarbeitet worden. Um die Nutzung zu reduzieren wurde die Grundfläche des Projekts reduziert. Die Wohnungen sind fast um zehn Prozent kleiner geworden. Auch die Flächen in den Erschliessungstrakten wurden angepasst und optimiert. Wo und wie ist die Symmetrie verbessert worden? Wie bereits gesagt, ist das Projekt aufgrund der Erwägungen und des Beschlusses in der Vorprüfung der kantonalen Arealbaukommission komplett überarbeitet worden. Da die Nutzung stark reduziert wurde, konnte im neuen Projekt auf die schräg laufenden Wände verzichtet werden. Dies bedingt durch die vorbestehenden Parzellengrenzen. Es ist ein komplett symmetrisches Gebäude mit einer Spiegelachse in der Gebäudemitte entstanden. Warum kein 15 Meter Abstand von der Strassenfassade bis zur Strassenachse? Der jetzige Abstand bezieht sich auf die bestehende Landi-Überbauung. Der städtebaulich wichtige Strassenzug mit gleichen Fluchten ist somit gewährleistet. Die ARP hat diesen Abstand zum Zeitpunkt des ersten Projekts empfohlen, da im alten Projekt bei den mittleren Wohnungen alle drei Schlafräume gegen die Oberemattstrasse, also gegen Norden, orientiert waren. Im neuen Projekt haben die mittleren Wohnungen nur noch ein Zimmer gegen Norden. Gegen Norden haben wir das Bad, ein Zimmer, ein Küchen- und Essfenster. Das ist die gleiche Konzeption wie bei der Landi-Überbauung.

2. Lesung

Beatrice Künzli: Wir stellen den Antrag, dass das Gebäude im Minergie-Standard gebaut werden muss.

Urs Hess lehnt den Antrag ab.

://: Mit 22 : 13 Stimmen und einigen Enthaltungen wird der Antrag betreffend Minergie-Standard abgelehnt.

Schlussabstimmungen

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen:

- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt den Quartierplanvorschriften „Oberemattstrasse 40 – 44“, Pratteln, Parzellen 363, 364 und 5224 (Quartierplanreglement vom 10.11.2005, Pläne 1 – 10 vom 31.01.2006) zu.
2. Der Gemeinderat wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens (gemäss § 31 RBG) beauftragt.

Geschäft Nr. 2407

Quartierplanvorschriften Meierhof, Pratteln, 2. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 10. Januar 2006 mit QP Reglement und Beilagen

2. Lesung

Petra Ramseier: Wir haben das letzte Mal die Fragen betreffend Wärmeverbund und Minergie gestellt.

GR Rolf Wehrli: Die Bauherrschaft ist daran abzuklären, ob es eine Erdsondenenergienutzung geben könnte. Hier braucht es noch ein geologisches Gutachten und eine Berechnung. Wenn es sich rechnet gehe ich davon aus, dass die Bauherrschaft Interesse daran hat. Es laufen weitere Abklärungen und das Energiekonzept ist noch nicht definitiv beschlossen.

Schlussabstimmungen

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt den Quartierplanvorschriften „Meierhof“, Pratteln (Reglement und Teilpläne 1 – 4) zu.

Der Rat beschliesst einstimmig:

2. Der Gemeinderat wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens (gemäss § 31 RBG) beauftragt.

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 17. Januar 2006
- Bericht der RPK vom 8. Februar 2006

RPK-Präsident Christian Schäublin: Das Budget für dieses Jahr ist bereits verabschiedet. Optimalerweise sollte der Finanzplan für das kommende Jahr jeweils vor den Sommerferien der RPK vorliegen. Die RPK hat sich entschlossen, den Finanzplan lediglich an zwei Sitzungen zu behandeln und sich auf das Wesentliche zu beschränken. An dieser Stelle fordern wir den Gemeinderat auf, den Finanzplan künftig rechtzeitig und vollständig (mit den Spezialfinanzierungen) der RPK vorzulegen. Der Finanzplan zeigt uns ein düsteres Bild von der finanziellen Entwicklung der Gemeinde Pratteln. Stichworte dazu: das negative Eigenkapital ab 2007 und die tiefe Belastbarkeitsquote. Die RPK stellt jedoch fest, dass die Zahlen realistisch und gemäss dem Vorsichtsprinzip erarbeitet worden sind. Der vorliegende Finanzplan ist Geschichte. Wir müssen die Aufgaben der Gemeinde durchleuchten und grundsätzlich hinterfragen. Mit der anhin betriebenen „Pflästerlipolitik“ bei den Prattler Finanzen ist es nicht getan. Es müssen dringend grössere und einschneidende Massnahmen mit Auswirkungen von mehreren hunderttausend Franken diskutiert und ergriffen werden. Die RPK beantragt, den Finanzplan 2006 – 2010 zu genehmigen.

Stephan Burgunder: Dieser Finanzplan zeigt mit aller Deutlichkeit in welche Richtung die Finanzen von Pratteln hingehen. In der Privatwirtschaft wäre diese Firma spätestens im Jahre 2007 Konkurs. Eigentlich ist es schade, dass eine Gemeinde nicht Konkurs gehen kann. Sonst könnten wir im 2008 neu beginnen. Die Schulden steigen von 7 Millionen im 2005 auf über 30 Millionen im 2010. Das ist eine Zunahme von 430 Prozent. Allein der Zinsaufwand bedarf Einsparungen oder Mehreinnahmen von einer Million. Das sind notabene drei Steuerprozente. Unsere Fraktion kann nicht begreifen, dass das Parlament immer noch Ausgaben beschliesst, die wir uns gar nicht leisten können. Es ist an der Zeit, dass wir handeln und nicht verhindern. Wir müssen gemeinsam Lösungen suchen und auch gemeinsam tragen. Etwas Positives hat dieser Finanzplan: er hört im Jahre 2010 auf. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung.

Philippe Doppler: Die SVP-Fraktion stimmt dem Finanzplan mit Stirnrunzeln zu. Ohne den Finanzplan 2007 – 2011 werden wir auf die Budgetdebatte 2007 mit Sicherheit nicht eingehen.

GR Max Hippenmeyer: Ich bin froh feststellen zu dürfen, dass betreffend Handlungsbedarf ein Konsens besteht. Der Finanzplan hat keine rosigen Perspektiven und wir müssen handeln. Da ist nicht nur der Gemeinderat gefordert. Auch die RPK ist eingeladen, die grösseren einschneidenden Massnahmen näher zu konkretisieren. Schlussendlich liegt es am Einwohnerrat, die Massnahmen auch mit zu tragen. Die Budgetkompetenz liegt nach wie vor bei ihm.

Heinz Schiltknecht: Die SP-Fraktion ist nicht glücklich, nimmt die Zahlen aber zur Kenntnis. Im neuen Finanzplan lässt der Gemeinderat seine Massnahmen einfließen. Es ist einfach, die Schulden aufzuzeigen. Aber die Behebung ist etwas anderes. Die Änderungen werden im Parlament verschieden sein. Aber eines ist sicher, wir müssen etwas ändern, sonst gehen wir in den Konkurs. Ich habe eine Bemerkung zu Händen der RPK und rüge uns damit selber. Wir haben etwas sehr mutiges geschrieben: „Die finanzielle Situation der Spezialfinanzierungen kann aber als stabil bezeichnet werden.“ Wir haben das gar nicht angeschaut. Wir haben eine Aussage gemacht aufgrund vom Hören Sagen. Wir wollen einen Finanzplan von allen Kassen. Ein zweites Mal passiert mir das nicht und ich streue damit selber Asche auf mein Haupt. Mit dem neuen Finanzplan werden wir streiten können. Und zwar so, dass wir einen Konsens erreichen und Pratteln langsam wieder gesund machen.

GR Max Hippenmeyer: Die Finanzpläne der Spezialfinanzierungen sind bereits erstellt worden und in der Hitze des Gefechts hat man vergessen, diese weiterzugeben.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

://: Der Finanzplan 2006 – 2010 für die Einwohnergemeinde Pratteln wird genehmigt.

Geschäft Nr. 2397

Teil-Revision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen der EWG Pratteln (Mietzinsbeitrags-Reglement), 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 15. November 2005
- Ergänzungen vom 10. Januar 2006

GR Uwe Klein: Der Gemeinderat legt Ihnen eine Teilrevision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vor. Sie haben mit Datum vom 10. Januar 2006 eine Korrektur der synoptischen Darstellung und des Beschlussentwurfs erhalten, da sich ein Fehler eingeschlichen hat. Ich bitte Sie, den Fehler zu entschuldigen. Wir reden also heute über die später erhaltene synoptische Darstellung. Zur Vorlage: Am 8. Juni 1997 wurde in einer Volksabstimmung das kantonale Gesetz über die Ausrichtung der Mietzinsbeiträge angenommen und der Einwohnerrat hat am 24. November 1997 das Reglement beschlossen. Nach 8 Jahren Erfahrung mit diesem Reglement, zeigt sich, dass Anpassungen notwendig sind. Anfänglich, also im Jahr 1997, wurden an 9 Gesuchsteller insgesamt rund CHF 19'000.— Mietzinsbeiträge geleistet. Im Jahr 2005 waren es noch 3 Gesuchsteller, welche Beiträge von rund CHF 7'200.— erhalten haben. An diesen Zahlen ist deutlich ersichtlich, dass die Bedingungen für einen Mietzinszuschuss von immer weniger Personen erfüllt werden. Andererseits müssen immer mehr Personen durch die Sozialhilfe unterstützt werden. Bei einem Teil dieser Klienten würde es ausreichen, statt Sozialhilfe einen Mietzinsbeitrag zu gewähren. Die Teilrevision ist ein kleiner Schritt in die Richtung, Personen statt mit geringen Beiträgen durch die Sozialhilfe, mit einem Mietzinsbeitrag zu unterstützen, um eine Notsituation zu lindern. Die Anpassungen sind bescheiden. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und der Teilrevision zuzustimmen.

Kurt Lanz: Anscheinend muss das Reglement aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre angepasst werden. Wir sind für Eintreten.

Heinz Schiltknecht: Der Kanton hat ein Gesetz erlassen, das von drei bis vier Personen beansprucht werden kann. In diesem Staat herrscht eine Bürokratie und das könnte man wohl auch anders lösen. Ich finde es übertrieben. 40 Personen beraten ein Reglement für 9 – 10 Fälle.

Philippe Doppler: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten.

Dieter Stohler: Ich gratuliere Herrn Schiltknecht zu seiner Haltung und nehme ihn bei weiteren Debatten im Einwohnerrat beim Wort.

GR Uwe Klein: Es ist tatsächlich nicht gerade effizient, was wir hier machen. Aber uns sind die Hände gebunden. Es gibt in Pratteln wohl mehr Leute, die Anspruch hätten, aber gar nicht kommen.

://: Eintreten ist unbestritten

1. Lesung

§ 7

Dominic Strub: Wir beantragen, den Passus „Angemessenheit der Wohnungsgrösse“ zu streichen. Wenn eine Wohnung grösser ist und die anderen Faktoren zum Bezug berechtigen, dann spielt es ja keine Rolle, wie gross die Wohnung ist. Hauptsache ist, dass sie günstig ist.

://: Mit 25 : 9 Stimmen und 4 Enthaltungen wird der Streichungsantrag abgelehnt.

(neu 39 ER anwesend)

Stefan Löw: Ich wäre froh, wenn sich der Gemeinderat in der zweiten Lesung nochmals zu diesem Paragraphen äussern würde. Paragraphen die wir nicht brauchen, kann man streichen.

§ 10, Abs. 2

Kurt Lanz: Dort steht: „Über Gesuche entscheidet der Gemeinderat. Er kann die Entscheidungsbefugnis (ohne Härtefälle) der zuständigen Abteilungsleitung delegieren.“ Meine Frage: Es ist so, dass die abklärende Abteilung auch entscheidet. Wo ist das controlling und gibt es eine Instanz, die das noch prüft? Will man den Gemeinderat entlasten? In diesem Zusammenhang habe ich meine Bedenken, weil der Gemeinderat ja auch eine Überwachungsaufgabe hat.

GR Uwe Klein: Der Sinn und Zweck ist eine Verfahrensoptimierung. Natürlich gibt es ein controlling, da der Gemeinderat das noch visieren muss. Die Abklärungen kann die Abteilungsleitung oder eine von ihr bestimmte Person machen.

Kurt Lanz: Wenn der Gemeinderat am Schluss visiert, dann hat er ja entschieden. Wenn der Entscheid delegiert wird, dann heisst das für mich ganz klar, dass der Gemeinderat hier nichts wissen muss. Das ist meine Interpretation.

GR Uwe Klein: Ich finde die vorgeschlagene Lösung gut.

Ende der 1. Lesung

Geschäft Nr. 2392

**Interpellation von Ch. von Arx betr.
„Umbau Bahnhof Pratteln“**

Aktenhinweis:

- Interpellation 2392 vom 26. September 2006

GR Rolf Wehrli: Frage 1: Der Projektverantwortliche der SBB, Herr Ulrich, hat dahingehend informiert, dass der Bahnhof Pratteln kein Behindertenstützpunkt sei. Die nächsten Behindertenstützpunkte befinden sich in den Bahnhöfen Basel und Liestal. In Pratteln werden jedoch mit dem Bahnhof-Umbau folgende Massnahmen für Behinderte realisiert, oder sind schon realisiert worden: treppenfreie Zugänge zu den Perrons, Perronhöhen vom 55 cm für den ebenerdigen Einstieg in den Zug, Fahrgastinformationsanlagen, taktile Sicherheitslinien, das heisst Signalisationen mit aufgerauhtem Belag und somit wahrnehmbar für behinderte Personen. Diese Arbeiten sollen bis spätestens März 2006 abgeschlossen sein. Frage 2 und 3: Dazu verweise ich auch auf die am 11. Oktober 2005 behandelte Interpellation 2386 von Eva Keller vom 22. August 2005 bezüglich der Veloabstellplatzsituation beim Bahnhof. Im Rahmen der Bahnhofplatzsanierung im Jahre 2007 sind zusätzlich folgende Problemstellungen bezüglich der Zugänglichkeit zum Bahnhof, sowie des Angebotes an Veloabstellplätzen bei der Detailplanung einzubeziehen. Das sind: Neupositionierung der Plakatschlagstellen bei den Veloboxen (Verschiebung zu den Lärmschutzwänden), optimierte Anordnung der Veloboxen bezüglich deren Zugänglichkeit, verbunden mit einer Verbreiterung des Zugangs zum Zebrastreifen und der Bushaltestelle. Angebot von etwa 225 speziell markierten Veloabstellplätzen mit Veloständern, wovon circa 130 Plätze überdacht werden. Mit dem Angebot an Veloabstellplätzen kann auf dem SBB-Areal einem wilden Veloparking entgegen gewirkt werden. Die Kontrolle unterliegt der SBB. Frage 4: Bekanntlich ist das Urinieren in der Öffentlichkeit gesetzlich untersagt. In der Praxis besteht dieses Problem nicht nur beim Bahnhof. Um den nicht alltäglichen Geschmack bei den Veloboxen eliminieren zu können, wird künftig eine periodische Reinigung, drei mal jährlich und gleichzeitig mit der Personenunterführungen in der Gemeinde, durch den Strassendienst vorgenommen.

://: Mit grossem Mehr wird Diskussion beschlossen.

Christine von Arx: Ich bedanke mich für die Antworten. Was ist mit den taktilen Sicherheitslinien gemeint? Die Situation bei den Veloboxen ist schon besser. So lange die Boxen am gleichen Ort waren, hat es nicht gestunken. Das Problem liegt darin, dass man bei einer Verschiebung nicht richtig reinigt.

GR Rolf Wehrli: Diese Sicherheitslinien gibt es schon an vielen Orten.

Geschäft Nr. 2402

Interpellation von Ch. von Arx betr. „Parkraumbewirtschaftung“

Aktenhinweis:

- Interpellation 2402 vom 12. Dezember 2005

GR Max Hippenmeyer: 1. Stimmt es, dass die Gemeinde mit der Firma Rohner eine Vereinbarung getroffen hat, dass die Mitarbeiter dieser Firma kostenlos auf dem Parkplatz bei der Hexmatt parkieren können? Die Gemeinde hat mit der Firma Rohner AG einen Vertrag für die Benutzung des Mergelplatzes Hexmatt als Parkplatz für die Mitarbeitenden abgeschlossen (rund 40 Fahrzeuge). Durch den Abschluss dieses Vertrages konnte ein geordnetes Parkieren an einem Ort erreicht, das umliegende Wohnquartier vom Suchverkehr entlastet und den Anwohnern Parkmöglichkeiten offen gehalten werden. Zusätzlich konnten Einnahmen für die Gemeinde realisiert werden. Der Vertrag wurde durch die Rohner AG per Mitte 2006 gekündigt.

2. Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich diese Vereinbarung? Wir kennen hier in der Schweiz die Vertragsfreiheit. 3. Besteht eine solche Vereinbarung mit der Firma Rohner für die Benutzung der Güterstrasse als Parkplatz? Nein. 4. Mit welchen anderen Firmen besteht eine solche Vereinbarung, für welche öffentlichen Parkplätze und Strassen? Es gibt keine weiteren vergleichbaren Vereinbarungen. 5. Wie hoch sind die Einnahmen (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Verträgen und unter Angabe der Modalitäten wie Anzahl Parkplätze und Zeitraum)? CHF 18'000.— pro Jahr. 6. Werden die Basler Schützen bzw. der Kanton Basel-Stadt oder die Basler Schiessvereine beim Schiessplatz auch eine Entschädigung bezahlen? Nein. Gemäss dem Vertrag über den Schiessplatz verfügt die Aufsichtskommission über die Parkplätze. Bis jetzt hat die Gemeinde (noch) keinerlei Handlungsspielraum für eine „Parkplatzbewirtschaftung“ auf diesem Gelände. Im Übrigen liegt der grössere Teil des Parkplatzes auf Muttenzer Boden. 7. Weshalb werden einzelne Vereinbarungen getroffen und nicht eine einheitliche Verordnung erlassen? Es wurde pragmatisch, rasch und unkompliziert in einem speziellen Einzelfall eine entsprechende Lösung realisiert. Man hat versucht, rasch und unkompliziert Einnahmen zu generieren. Da ist nichts Falsches daran.

Geschäft Nr. 2389

Motion von Beatrice Künzli betr. „Parkplatzbewirtschaftung“

Aktenhinweis:

- Motion 2389 vom 24. August 2005

GR Rolf Wehrli: Ich mache es kurz und bündig. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion zu übernehmen.

Beatrice Künzli: Es freut uns, dass der Gemeinderat die Motion für erheblich erklären will. Mit einem Reglement für die ganze Gemeinde schaffen wir eine klare Rechtsgrundlage. Ich bin aufgrund des Umweltverträglichkeitsberichts bei IKEA und Media Markt der Meinung, dass etwas gemacht werden muss. Die Luft ist stark verunreinigt und die Grenzwerte werden auch überschritten. Der Luftreinhalteplan beider Basel sieht Massnahmen vor und auch die Gemeinde Pratteln ist angehalten, dies zu tun. Eine dieser Massnahmen ist die Bewirtschaftung der Parkplätze. Damit haben wir auch die Möglichkeit Einnahmen zu generieren und den öffentlichen Verkehr zu finanzieren. Mit einem besseren Anschluss kann man die Leute auch überzeugen, dass man mit dem öffentlichen Verkehr sehr gut in Pratteln einkaufen kann.

Rolf Hohler: Die SVP lehnt diese Motion ganz klar ab. Auch wir sind der Meinung, dass man in den verkehrsbelasteten Gebieten etwas machen muss. Aber wir sind dagegen, dass es ab der ersten Minute sein muss. Man hat das Recht, schnell hinzufahren und gleich wieder zu gehen. Wir lehnen die Motion vor allem aufgrund des vierten Absatzes ab. Dort steht: *„...ab der ersten Parkminute eine Parkgebühr zu erheben.... und alle Gewerbeunternehmen in der Gemeinde mit mehr als 30 Kundenparkplätze...“* Das betrifft auch Coop und Migros. Wenn der vierte Absatz gestrichen und die Motion in ein Postulat umgewandelt wird, dann ist die SVP-Fraktion bereit, das Ganze anzunehmen.

Aldo Pavan: Die SP-Fraktion begrüsst ganz klar die Stossrichtung dieser Motion. Ich bin erfreut, dass sie der Gemeinderat entgegen nehmen will. Ich bitte Sie, die Motion nicht in ein Postulat umzuwandeln. Damit bleibt die Verbindlichkeit gewahrt. Über einzelne Teile des Vorstosses kann man dann streiten, wenn der Gemeinderat ein Reglement vorlegen wird.

Heinz Schiltknecht: Das einzig Verbindliche in dieser Motion ist der fett gedruckte Teil am Schluss. Gegen diese Forderung kann man ja gar nicht sein. Damit kann man durchaus ein paar Franken verdienen.

Rudolf Meury: Der vierte Abschnitt ist etwas unglücklich. Hier fliessen auch Informationen ein. Es ist eine Anmassung zu glauben, dass eine Parkplatzbewirtschaftung besser Luft ergeben wird. Das ist Quatsch. Wir müssen sagen, dass wir Geld brauchen und ein Postulat würden wir unterstützen.

Urs Hess: Wenn wir eine Parkraumbewirtschaftung haben, dann muss eine Steuer-senkung folgen. Wir sind komplett gegen neue Gebühren.

Beatrice Künzli: Wir verlangen einfach, dass der Gemeinderat ein Reglement erarbeitet. Im Text haben wir unsere Vorstellungen eingebracht, aber über diese Details kann man diskutieren. Selbstverständlich wird die Luft nicht automatisch besser, wenn man bezahlen muss, aber wir haben eine bessere Luft, wenn wir den öffentlichen Verkehr ausbauen.

Kurt Lanz: Erstens: Eine Diskussion findet auch bei einem Postulat statt und hoffentlich wird bei jeder Motion über möglichst viele Aspekte diskutiert. Wir wären schlecht beraten, wenn der Gemeinderat uns ein Reglement vorlegen würde, wo wir nicht über alles geredet haben. Zweitens: Eine stille Steuererhöhung kann es nicht sein, wenn Auswärtige etwas bezahlen. Vielleicht haben wir hier (ich betone vielleicht, da wir noch kein Reglement haben) die Möglichkeit, dass auswärtige Nutzniesser etwas bezahlen. Drittens: Lassen wir doch den Gemeinderat das Reglement ausarbeiten. Geben wir ihm heute diesen Auftrag und dann können wir inhaltlich darüber diskutieren.

Rös Graf: Bei den QP's IKEA und Media-Markt haben wir dem Gemeinderat diesen Auftrag schon gegeben. Dort steht: „Für die *generelle Bewirtschaftung der Parkplätze auf Gemeindeebene ist eine Rechtsgrundlage auszuarbeiten.*“

Stephan Ackermann: Ich hoffe, dass allen den Unterschied zwischen einem Postulat und einer Motion kennen. Der Gemeinderat ist ja bereit, ein Reglement auszuarbeiten und im März wird ein Musterreglement des Kantons vorliegen.

Priska Forter: Der Auftrag ist längstens erteilt, so wie dies Rös Graf gesagt hat.

Dieter Stohler: Wir sind mit dem Antrag einverstanden, wenn nur der letzte Satz da stehen würde. Pratteln braucht diese Einnahmen. Der Autofahrer zeigt Verständnis, wenn er etwas zahlen muss. Wir haben aber bedenken, dass der Gemeinderat bei der Ausarbeitung des Reglements in eine falsche Richtung gelenkt wird. Folgende Stichworte dazu: ab 30 Kundenparkplätze, erste Parkminute, keine Rückerstattung der Gebühr, Einnahmen fliessen in einen zweckgebundenen Fonds. Nach diesem Motionstext ist es nicht möglich, die Gelder für ein Parkleitsystem einzusetzen. Bei diesen engen Vorgaben müssen wir diese Motion leider ablehnen. Wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt oder wenn der vierte Abschnitt gestrichen wird, dann sehen wir eine Chance. Aber dem Text können wir nicht zustimmen.

Petra Ramseier: Eine ähnliche Motion ist im Landrat überwiesen worden und der Kanton wird bis im März ein Musterreglement ausgearbeitet haben. Von Oben kommt das Signal, in diese Richtung weiterzugehen.

GR Rolf Wehrli: Ich habe den Eindruck, dass wir bereits in der ersten Lesung sind. Für den Gemeinderat ist der letzte, fettgedruckte Satz massgebend. Das andere gibt uns gewisse Hinweise. Es gibt viele Interessen, die hier hinein spielen. Wir wollen Nägel mit Köpfen machen und es ist völlig klar, dass wir ein Reglement erarbeiten

werden, ob Sie ein Postulat oder eine Motion einreichen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf das Postulat von Stefan Löw, das dann ebenfalls einfließen wird.

Rudolf Meury: Wie viele Franken werden Sie in die Hand nehmen, um ein solches Reglement zu erarbeiten?

Beatrice Künzli: Wir nehmen die Aussagen im Text nicht zurück, aber wir streichen die Abschnitte 1 – 6. Das ist unsere neue Motion: *„Der Gemeinderat wird verpflichtet, dem Einwohnerrat eine Rechtsgrundlage zur Bewirtschaftung der Parkplätze auf Gemeindeebene vorzulegen.“*

In der weiteren Diskussion werden keine neuen Argumente vorgebracht.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen:

://: Die abgeänderte Motion Nr. 2389 wird erheblich erklärt.

Geschäft Nr. 2254

Postulat der FDP-Fraktion betr. „Umnutzung Jugendhaus“, Antworten des Gemeinderates

Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2254 vom 23. Juni 2003
- Bericht es Gemeinderates vom 10. Januar 2006

GR Uwe Klein: Vor Ihnen liegt eine sehr ausführliche Beantwortung zu den im Postulat aufgeworfenen Fragen. Der Gemeinderat war an einer seriösen Abklärung interessiert und hat eine fachlich begleitete Arbeitsgruppe mit der Bearbeitung des Postulats beauftragt. Die Jugendarbeit ist sehr komplex. Das Verhalten der Jugendlichen verlangt von den Betreuern auf dem Robispielplatz, im Jugendhaus und in der offenen Jugendarbeit einiges. Mit einem standardisierten Interview sind 16 Vertreter der Vereine und Gruppierungen befragt worden. Es hat sich folgendes herausgestellt: Der Weiterbestand des Jugendhauses in der heutigen Form ist für cirka ein Drittel ein grosse Anliegen. Ein weiteres Drittel sieht ein Nutzungspotential durch andere Organisationen. Das letzte Drittel hat wenig bis kein Interesse, das Jugendhaus für Vereine zu nutzen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Parallelnutzungen einen grossen Planungs- und Organisationsaufwand benötigen und nur im beschränkten Mass möglich sind. Das Privatisierungspotential ist sehr gering. Aus diesen Gründen macht es keinen Sinn, diese Ziele weiter zu verfolgen. Der Gemeinderat bittet Sie, das Postulat abzuschreiben.

Stefan Löw: Wir reden heute mehr von der Jugendarbeit. Das erfordert unsererseits einige Veränderungen. Der Bericht gibt darüber Klarheit. Es fehlen aber die Grundlagen für eine vermehrte und breitere Nutzung des Jugendhauses. Als ich noch das Präsidium inne hatte wurde eine Reglementsüberarbeitung gefordert. Diese Überarbeitung war dann fast bereit für eine Genehmigung im Einwohnerrat. Dies wurde bis heute nicht gemacht und wir fordern ganz klar, dass diese Reglementsüberarbeitung gemacht werden muss. Diesen Auftrag geben wir heute weiter. Auch Veränderungen betreffend der verschiedenen Kommissionen müssen unbedingt vorgenommen werden. Wir haben jetzt drei Kommissionen, die sich mit der gleichen Thematik befassen. Es sind dies die Jugendhauskommission, Robinson-Spielplatz-Kommission und die Jugendkommission. Wir können uns vorstellen, dass man eine Kommission für Jugendarbeit einsetzt. Die Grösse ist offen. Hier sind Anpassungen in der Zusammen-

arbeit mit den street-workern notwendig. Die FDP behält sich vor, bei einer Abschreibung des Postulats, einen Vorstoss in eine andere Richtung einzureichen.

Chantal Jenny: Besten Dank für die ausführliche und informative Vorlage. Die Arbeitsgruppe hat ihre Aufgaben genau genommen und es ist erfreulich, dass das Jugendhaus einen stetigen Besucheranstieg zu verzeichnen hat und die Nutzung vorhanden ist. Der Mittagstisch ist zum Teil eine gesuchte Nutzung. Die Privatisierungsfrage ist für die SVP nach wie vor nicht vom Tisch. Das hätte noch mehr zum Thema gemacht werden können. Wir sind für Abschreibung des Postulats und behalten uns ebenfalls vor, einen weiteren Vorstoss einzureichen.

Kurt Lanz: Ich hatte die Gelegenheit bei der Arbeitsgruppe Zaungast zu sein. Die Leute haben viel abgeklärt und die geleistete Arbeit war sehr umfangreich. Die Mehrfachnutzung ist nicht so auf fruchtbaren Boden gefallen, wie man sich das vorgestellt hat. Aber diese Mehrfachnutzung kann für verschiedene Aktivitäten stattfinden. Betreffend der drei Kommissionen ist etwas im Gange. Es ist auch bereits so, dass die street-worker vermehrt mit der Jugendhausleitung intensiv zusammenarbeiten und das Jugendhaus auch belegen. Die Jugendarbeit ist dynamisch und ändert dauernd und schnell. Das Postulat kann man abschreiben.

Stephan Ackermann: Der Bericht zeigt uns auch, dass die Jugendarbeit auch weiterhin sehr wichtig ist. Es lohnt sich, Jugendarbeit zu machen. Die Situation im Moment in Pratteln ist im Vergleich zu anderen Gemeinden gut. Hoffen wir, dass dies so bleibt. Wir sind für Abschreibung des Postulats und auch wir behalten uns selbstverständlich vor, wieder einen Vorstoss einzureichen.

GR Uwe Klein: Wir sind daran, ein Reglement „Alles unter einem Dach“ zu erarbeiten und die drei Kommissionen zusammen zu legen. Wir werden Ihnen im Laufe dieses Jahres einen entsprechenden Antrag unterbreiten. Zwei Reglemente sind dann aufzuheben und ein neues zu genehmigen.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2254 wird abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2411

Ersatz Lastwagen Unimoc U1000 mit Ladebrücke, Aufsatzstreuer und Schneepflug - Kreditfreigabe von CHF 311'000.—

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 24. Januar 2006

GR Rolf Wehrli: Ausgangslage ist der Ersatz vom bestehenden Fahrzeug und es geht um einen Rahmenkredit. Wenn der Einwohnerrat diesen Kredit freigegeben hat, dann geht es in die detaillierte Evaluationsphase und danach findet die öffentliche Ausschreibung statt. Dazwischen haben wir einen Spielraum nach unten und der Gemeinderat ist klar der Auffassung, dass nicht der ganze Betrag gebraucht wird. Bezüglich der Abgasrichtlinien, die im Antrag der SP erwähnt sind, kann ich mitteilen, dass der Einbau eines Russpartikelfilters möglich ist. Mehrkosten circa CHF 15'000 bis 20'000. Ab Herbst 2006 werden neu die Motorenversionen nach Euronorm 4 gelie-

fert und ab Herbst 2009 wird Euro 5 die Euro 4 ablösen. Euro 4 ist eine Übergangslösung und die Russpartikel werden nicht zu 100 Prozent eliminiert.

Urs Schneider: Es ist keine Frage, dass das Fahrzeug ersetzt werden muss. Die Gründe wurden dargelegt. Was uns nicht gefällt ist die Tatsache, dass man sich auf den Unimog fixiert. Das Verhältnis Kosten - Nutzen ist nicht so ideal wie bei anderen Fahrzeugen. Heute reden alle von Feinstaub und ich will, dass das neue Fahrzeug mit einem Russpartikelfilter ausgerüstet wird. Es ist auch ein Pflichtenheft für das Fahrzeug auszuarbeiten. Nach diesem Pflichtenheft erfolgt dann auch die Ausschreibung. Die Vorteile des Unimogs bieten heute auch andere Hersteller an und zwar bis zu CHF 50'000 billiger. Wir möchten nicht auf das Geschäft eintreten und geben es zurück an den Gemeinderat.

Rudolf Meury: Hat man die Alternative der Miete geprüft? Wir haben viele Baugeschäfte in Pratteln und Umgebung, die das anbieten könnten.

Daniela Berger: Unimog schreibt man mit g. Im Internet habe ich gesehen, dass die jetzigen Unimog-Modelle nicht automatisch mit Dieselpartikelfilter ausgerüstet sind. Mit dieser Ausrüstung erfüllt er die Euro 4. Neu hat aber Mercedes-Benz eine neue Dieseltechnologie entwickelt. Mit dieser Technologie ist ein Partikelfilter gar nicht mehr nötig und diese Modelle sind schon ab Juli 2006 lieferbar. In den Legislaturzielen steht an verschiedenen Stellen, dass man betreffend Schadstoffmengen in der Luft von Pratteln etwas unternehmen muss. Ich verweise auf Punkt 1.5 wo von einem lebenswerten Pratteln und dem Label Energiestadt die Rede ist. Die Anschaffung von einem umweltfreundlichen Lastwagen ist für die Gemeinde Pratteln ein erster selbstverständlicher Schritt. Am umweltfreundlichsten wäre ein Lastwagen mit Erdgasmotor. Darum stelle ich folgenden Ergänzungsantrag: *„Der anzuschaffende Unimog Lastwagen ist mit einer Dieseltechnologie ausgestattet, welche die ab Oktober 2006 gültigen Abgasrichtlinien (Euro4) erfüllt. Wenn technisch möglich wird eine Motorvariante mit Erdgasantrieb bevorzugt.“*

Peter Friedli: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten, weil wir das Fahrzeug aufgrund des Jahrganges ersetzen müssen. Wir haben aber ein grosses Fragezeichen betreffend der Aussage, dass es ein Unimog sein muss. Für mich ist das der Rolls-Royce der Lastwagen. Es gibt andere Fabrikate, die günstiger sind und es kann auch ein Kommunalfahrzeug sein. Gemeinden wie Birsfelden, Arlesheim und Muttenz wägen ab, ob sie nicht zurück buchstabieren und anstelle eines Lastwagens ein Kommunalfahrzeug anschaffen wollen.

Stefan Löw: Wir haben in dieser Sondervorlage erwartet, dass verschiedene Varianten aufgezeigt werden. Wir möchten die Vorlage dem Gemeinderat zurückgeben.

Heinz Schiltknecht: Nach den gehörten Einwänden stimme ich dem Rückweisungsantrag der SVP zu und empfehle meiner Fraktion, dasselbe zu tun. Wir haben eine separate Vorlage verlangt, damit wir wissen, was gekauft werden soll. Der Einwohnerrat will Euro 4 und noch besser Euro 5.

Stephan Ackermann unterstützt den Rückweisungsantrag der SVP.

GR Rolf Wehrli: Nach dem Gesagten bleibt uns gar keine andere Wahl, als die Vorlage zurück zu nehmen. Ich möchte aber hinweisen, dass wir hier nicht eine Diskussion bis zum letzten technischen Detail führen dürfen. Wir werden eine neue Vorlage mit einem Pflichtenheft bringen. Aber es darf nicht zu einem orientalischen Bazar führen. Eine Zusammenarbeit mit Externen ist nicht mehr so einfach, weil sie solche Gerätschaften gar nicht mehr haben.

Urs Hess: Es geht nicht an, dass man mit drei Varianten kommt und der Einwohner-rat dann eine aussuchen soll. Der Gemeinderat führt die Gemeinde und muss sagen, was er aus welchen Gründen will. Der Einwohnerrat spricht das Geld, oder eben nicht.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Geschäft Nr. 2411 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Geschäft Nr. 2412

Sanierung der Schulküche im Sekundarschulhaus Fröschmatt II, Pratteln, Bewilligung eines Bruttokredites von CHF 450'000.—

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 31. Januar 2006
- Kostenvoranschlag

GR Rolf Wehrli: Die Schulküche ist in einer Arbeitsgruppe zusammen mit einem Architekten erarbeitet worden. Dieser Bruttokredit wird zum grössten Teil vom Kanton getragen. Der Anteil der Gemeinde Pratteln beläuft sich auf 15 Prozent. Die Vorgaben für eine Sanierung werden vom Kanton gemacht. Wieso muss Pratteln diese Sanierung überhaupt mitfinanzieren? Der Kanton übernimmt wertvermehrende und die Gemeinde die werterhaltenden Investitionen. Die Anpassungen an die Ausstattungen erfolgen aufgrund der neuen Unterrichtsformen. Das wird vom Kanton grosszügig interpretiert. Die Schule gehört rechtlich noch nicht dem Kanton, somit sind die Kosten für den Unterhalt durch die Gemeinden anteilmässig zu übernehmen. Die Details ersehen Sie im Kostenvoranschlag. Warum ist kein Steamer vorgesehen? Aus Kostengründen. Ein Steamer kostet ohne Wasseranschluss rund CHF 3'000 und mit Wasseranschluss rund CHF 10'000.

Aldo Pavan: Die SP-Fraktion ist klar für Eintreten, denn die Sanierung ist unbestritten. Es ist zu überlegen, ob man auf ein Mikrowellengerät verzichten könnte und dafür einen Steamer anschaffen könnte.

Fredi Wiesner: Auch die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Sanierung nach 32 Jahren fällig ist. Wir hoffen, dass auf Luxus verzichtet wird und nur das Notwendigste ausgeführt wird. Wir sind für Eintreten. Erste Frage: In der Arbeitsgattung Reserve und Unvorhergesehenes haben wir einen Betrag von CHF 41'060 bei einem Planungshonorar von CHF 39'540. Das scheint mir etwas hoch. Zweite Frage zum Computerraum: In welcher Arbeitsgattung sind die EDV-Ausgaben enthalten und wie hoch sind diese?

Brigitte Frei: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten, denn es macht Sinn eine 32 Jahre alte Küche zu sanieren.

://: Eintreten ist unbestritten.

Stefan Löw: Die Ernährungsproblematik bei den Jugendlichen ist sehr schwierig. Die Ernährungspyramide zeigt deutlich auf, wo wir ansetzen müssen. Die edlen Ernährungsgrundlagen (zum Beispiel Gemüse) werden beim Kochen oft „zerstört“ und die Kinder wissen gar nicht, wie die Ernährung richtig schmeckt. Für mich ist wichtig,

dass man den Kindern das beibringt. Für den Unterricht sind gewisse Anschaffungen notwendig, damit ein zukunftsorientiertes Kochen möglich ist. Ich bitte den Gemeinderat, das gut zu prüfen.

GR Rolf Wehrli: Computerraum: Ich kann keine schlüssige Antwort geben, aber Computer gehören heute selbstverständlich dazu. Unvorhergesehenes: Das wurde von der AG so ausgerechnet. Wenn wir das nicht brauchen, dann ist das auch gut. Wobei ich sehe jetzt, dass die Zahlen nicht übereinstimmen, respektive CHF 27'100 doppelt aufgeführt sind. Diesen Betrag können wir streichen.

Rudolf Meury: Auch wir sind für die Sanierung der Küche. Heute gehört zu jedem modernen Schulungsraum ein Beamer dazu.

Fredi Wiesner stellt den Antrag, CHF 27'000.— zu streichen.

://: Mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen wird der Antrag von Fredi Wiesner angenommen (neue Totalsumme: CHF 422'900.—).

Urs Hess: Betreffend EDV-Kosten ist die Antwort nicht befriedigend.

GR Rolf Wehrli: In der Rubrik Gebäude stehen die Kosten für die Elektroinstallationen. Von EDV steht nichts in der Vorlage.

GP Beat Stingelin: Ich gehe davon aus, dass es gleich ist wie im Schulhaus Erli. Das ganze Erli ist verkabelt. Das gleiche wird hier auch gemacht. Der Computer kann eingesteckt werden und die Rezepte werden herunter geladen. Wir werden keine PC's kaufen, denn es hat genügend.

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ://: 1. Der Betrag von CHF 422'900.— für die Schulküchen-Sanierung im Sekundarschulhaus Fröschmatt II (Konto Nr. 240.503.50) wird bewilligt.
2. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass der Betrag von CHF 358'940.— durch den Kanton in die Annuitätenabrechnung aufgenommen wird.

Geschäft Nr. 2403

Interpellation von Ch. von Arx betr. „Geschäft Nr. 2328“

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2403 vom 12. Dezember 2005

GR Max Hippenmeyer: Wann wird die kleine Anfrage 2328 beantwortet? Bis Ende Monat sollten beide offenen Kleinen Anfragen beantwortet sein. Weshalb ist es zu dieser massiven Verzögerung gekommen? Es war geplant, das mit der Rechnung 2004 abzuhandeln. Aufgrund der starken zeitlichen Beanspruchung hat sich die Beantwortung verzögert. Zudem mussten noch Auskünfte bei der Kantonalen Steuerverwaltung in Liestal eingeholt werden. Entspricht dieses Vorgehen der Auffassung des GR, wie eine gute Zusammenarbeit mit dem ER aussieht? Selbstverständlich nicht. Allerdings fragt sich der GR manchmal nach Sinn oder Unsinn bzw. Aufwand und Nutzen der einzelnen Eingaben und das bestimmt dann halt die Priorität der Behandlung. Ist der GR bereit, sich zukünftig an das ER-Reglement zu halten? Ja, wir

geben uns Mühe und arbeiten daran, dass es besser wird. Das soll nicht mehr vorkommen. Wer ist zuständig für die Einhaltung der Behandlungsfristen bei kleinen Anfragen? Wie funktioniert die Fristenkontrolle? Der Stab führt seit Anfangs 2005 eine Fristenkontrolle. Die zur Diskussion stehende Kleine Anfrage wurde früher eingereicht und daher noch nicht erfasst.

Geschäft Nr. 2414

Beiträge an das Schiesswesen, Vertrag über die Schiessanlagen Lachmatt vom 2.12.1954

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 7. Februar 2006

GR Ruedi Handschin: Wir haben die gesetzlichen Auflagen und müssen die Beiträge an die Aufsichtskommission Lachmatt bezahlen. Alle Details ersehen Sie aus der Vorlage. Im Kommentar der Budgets 2002 – 2006 und der Rechnung 2004 sind die entsprechenden Erklärungen gemacht worden. Ich möchte in der Schiessanlage Lachmatt einen sauberen Tisch, damit wir auf die neuen grossen Projekte eingehen können. Die RPK hat einmal eine Revision gemacht.

Erich Weisskopf: Die SVP-Fraktion stimmt diesen Beiträgen einstimmig zu. Endlich wird unter die schlechte Zahlungsmoral ein dicker Strich gezogen. Dem Gemeinderat Ruedi Handschin sprechen wir ein grosses Lob aus. Er hat die unschönen Zahlungsver säumnisse seines Vorgängers schonungslos auf den Tisch gelegt und wieder Ordnung in die Beitragsgeschichte gebracht. Bravo!

Kurt Lanz ist für Eintreten.

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion rügt das gewählte Vorgehen. Das Vorgehen dieser einfachen Gesellschaft, welche Kosten und Beiträge beschliesst, ohne dies mit dem Gemeinderat von Pratteln abzustimmen. Generell kritisieren wir diese Struktur. Es kann nicht sein, dass eine selbständige Trägerschaft die Gemeinde vor vollendete Tatsachen stellt. Darum ist auch das Vorgehen des Gemeinderates zu verurteilen, weil er diesen Differenzbetrag hat auflaufen lassen und keinen Einfluss genommen hat. Wir sind auch nicht im Besitz einer Abrechnung dieser Gesellschaft. Trotz allem stimmen wir dem Kredit zähneknirschend zu.

://: Eintreten ist unbestritten.

Kurt Lanz: Im Kommentar des Budgets 2004 steht: „... dies hat jedoch keinen Einfluss auf die durch die Kommission beschlossenen Ausgaben, ...“. Egal was wir dort budgetiert haben. Das kann ja nicht der Sinn sein, dass die Kommission beschliesst und das Gemeinwesen muss zahlen. Auch wir stimmen zähneknirschend zu.

Heinz Schiltknecht: Diese unabhängige Gesellschaft muss uns ja nicht einmal die Rechnung offen legen.

Im Verlauf der Diskussion wurden keine neuen Argumente vorgebracht.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

://: Der im Budget 2006 (Konto Nr. 150.362.01) vorgesehene Betrag von CHF 68'191.40 wird frei gegeben.

Geschäft Nr. 2413

Neuer Gesellschaftsvertrag zwischen den Schiessplatzgemeinden Lachmatt

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 17. Januar 2006

GR Ruedi Handschin: In der Lachmatt sind drei Gemeinden beteiligt. In Birsfelden ist der neue Gesellschaftsvertrag genehmigt worden. In MuttENZ hat es ein wenig „Stimmung dagegen“ gegeben. Ich verweise auf die Presse. Im Weiteren ist in MuttENZ eine Beschwerde im Zusammenhang mit der Aufnahme der Basler Schützen hängig. Die ganze Situation ist kritisch.

GR Ruedi Handschin erläutert die Vorlage anhand einer Beamer-Präsentation (**siehe Anhang**).

Stephan Burgunder: Grundsätzlich begrüssen wir die Änderung des Gesellschaftsvertrages. Auch die Aufnahme der Basler Schützen finden wir äusserst positiv. Mit den Zahlen betreffend Rückstellungen habe ich etwas Mühe und stelle gewisse Abweichungen fest. Ich weiss auch nicht, für was diese Rückstellungen gemacht werden. Die alte Gesellschaft wird aufgelöst und eine Neue gebildet. Wo ist der Übernahmevertrag? Aus diesen Gründen stelle ich den Antrag, die Vorlage zurück zu weisen.

Priska Forter: Was ist kritisch?

GR Ruedi Handschin: Unter kritisch verstehe ich die Reaktionen in MuttENZ. Der Gesellschaftsvertrag kann nur mit Beteiligung aller drei Gemeinden realisiert werden.

Kurt Lanz: Es sind zu viele Fragen offen und wir kommen hier nicht weiter. Ein gangbarer Weg ist die Überweisung an eine Spezialkommission.

Dieter Stohler: Die Aufhebung des „Obligatorischen“ steht ja allenfalls vor der Tür. Sieht der Gemeinderat eine Möglichkeit, dass bei einer Aufhebung des „Obligatorischen“, die Schiessanlage weiter betrieben werden kann? Können oder wollen dann die Schiessvereine ihren Sport mit diesem Gebäude finanzieren? Sind solche Überlegungen eingeflossen?

GR Ruedi Handschin: Die Beiträge der Gemeinde gehen gegen Null, wenn das „Obligatorische“ eines Tages wegfällt. Der Zeitraum ist aber überhaupt nicht klar. Wir sind klar der Meinung, dass sich dann die Schiessvereine alleine organisieren und finanzieren. Die Schützen sind wie jeder andere Verein zu betrachten. Zur Einkaufssumme: Weil man die Anlage zusammenlegt müssen viele bauliche Verbesserungen gemacht werden. Es ist zum Beispiel vorgesehen, dass man anstelle von drei „Beizen“ nur noch eine Wirtschaft führt. Dazu gehören auch die Sanitären Anlagen. Diese CHF 750'000 müssen ausreichen. Zu den Rückstellungen: Die ersten Rückstellungen werden in diesem Jahr gemacht. Per Ende 2004 betrugen die flüssigen Mittel rund CHF 39'000. Die Rechnung für das Jahr 2005 ist noch nicht abgenommen. Diese Zahlen kenne ich nicht, aber ich rechne mit rund CHF 90'000 flüssige Mittel. Es ist klar, dass die Rückstellung nicht fix gemacht, sondern auf rund CHF 100'000 plafoniert werden.

Das ist so abgesprochen und es wird dann nur Geld für notwendige Investitionen gesprochen, um die Bausubstanz zu erhalten.

Urs Hess: Aufgrund der vielen offenen Fragen beantrage ich, das Geschäft an die RPK zu überweisen.

://: Der Antrag für Rückweisung wird mit 23 : 10 Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Geschäft Nr. 2413 wird an die Rechnungsprüfungskommission (RPK) überwiesen.

Fragestunde

Frage von Christine von Arx betr. „Pressemitteilung des Gemeinderates zum Güterverkehr“

GR Felix Knöpfel: 1. Frage: Weshalb kommt es ausgerechnet jetzt zu diesem Vorstoss? Zur Zeit ist der Wiesenbergtunnel meines Wissens nach kein Diskussionsthema. Ein Mitarbeiter der Verwaltung und ich waren anlässlich der Muba an einem Symposium betreffend Güterverkehr. Wir wurden dort mit der 2 ½ fachen Zunahme der Zugsdurchfahrt im Nadelöhr Birsfelden/Muttenz/Pratteln konfrontiert. Darauf hin hat der Raumplaner, Herr Bächtold, das Konzept im Gemeinderat vorgestellt. Der Gemeinderat ist eindeutig der Meinung gewesen, dass man das der Bevölkerung von Pratteln nicht zumuten kann. Auf dieser Basis haben wir mit den Gemeinden Birsfelden und Muttenz eine Arbeitsgruppe gebildet. Wir treffen uns schon seit über einem Jahr. Wir haben an mehreren Sitzungen den Nationalrat Walter Jermann und auch die Landräte eingeladen. Wir haben in der Pressemitteilung nie geschrieben, dass wir gegen den Wiesenbergtunnel sind. Wir sind froh, dass er im Moment nicht kommt. Frage 2: Wie ist dieser Vorstoss mit den Legislaturzielen vereinbar (Seite 9, Verkehrsanbindung als Stärke; Seite 10, Förderung der S-Bahn; Legislaturziele 1C, 4 C und 4 D)? Unter 7A der Legislaturziele steht: „Die Sicherheit der Prattler Bevölkerung geniesst hohen Stellenwert und wird unter Wahrung der Verhältnismässigkeit jederzeit umgesetzt.“ 7D: „...Pratteln soll aufgrund des vorhandenen Störfallrisikos keine zusätzlichen Standortnachteile erwachsen.“ 4F: „Der Gemeinderat setzt sich dafür ein, dass die Belastungen der Prattler Bevölkerung durch Lärm und Schadstoffe des Verkehrs nachweisbar gesenkt werden.“ 1B: „Die Wohnlichkeit wird in allen Quartieren gefördert.“ Wir haben immerhin vier Absätze, die für uns sprechen. Hier lese ich nur drei gegen uns. Für uns spricht doch einiges mehr. Frage 3: Wer hat diesen Vorstoss initiiert und weshalb unterstützt ihn der GR von Pratteln? Am 12. Januar 2006 haben wir alle Gemeinden in diesem Korridor Basel – Olten eingeladen und sie aufgeklärt. Dann ist diese Pressemitteilung nach einer Vernehmlassung entstanden.

Christine von Arx: Warum sind Giftransporte auf der Strasse weniger gefährlich und weniger schädlich als Transporte auf der Schiene? Wann werden die Einwohner von Pratteln gefragt, ob sie damit einverstanden sind?

GR Felix Knöpfel: Es sind zwei Bypässe möglich. Der erste geht von Freiburg durch den Dinkelbergtunnel via Möhlin nach Luzern. Der zweite geht über Frankreich via Delle in die Schweiz. Man muss sich schon fragen, ob die Schweiz alles, auch die Kosten, übernehmen muss.

Frage von Christine von Arx betr. „Einwohnerkontrolle, Fragestunde vom 23. Januar 2006“

GR Max Hippenmeyer: Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates beantwortet der Gemeinderat in der Fragestunde kurze schriftliche Fragen von Ratsmitgliedern aus dem Bereich der Gemeindepolitik. Die per Fax vom Verfahrensgericht eingereichten Fragen (ich nehme an die gesetzliche Grundlagen für den Privatgebrauch dieses Faxgeräts sind vorhanden) haben eher den Charakter einer Interpellation oder kleinen Anfrage. Sie sind weder kurz noch betreffen sie die Gemeindepolitik, sondern wollen vielmehr Auskünfte über verwaltungsinterne Abläufe. Das zu hinterfragen ist meiner Ansicht nach eher Aufgabe der GPK. Im Sinne eines nach Prioritäten und Effizienz bestimmten Einsatzes der vorhandenen personellen Kapazitäten auf der Verwaltung bin ich deshalb nicht gewillt, die gestellten Fragen zu beantworten. Ich kann den Rat aber immerhin dahin beruhigen, dass auf der Einwohnerkontrolle alles seine Ordnung hat und bestens funktioniert, mit Ausnahme der online An- und Abmeldung, wo Fragen der Notwendigkeit und Zweckmässigkeit nicht restlos geklärt sind. Zudem fehlen auch die finanziellen Mittel für diese Aufrüstung.

Christine von Arx: Was ist der Unterschied zwischen meinen Fragen und den Fragen von Karin Hess? Hat jemand, der ohne Heimatschein in Pratteln angemeldet ist, sämtliche politischen Rechte?

GR Max Hippenmeyer: Ich habe nicht geantwortet, also gibt es auch keine Nachfragen.

Heinz Schiltknecht: Wir haben ein Reglement und das geht so nicht. Du bist verpflichtet zu antworten.

GR Max Hippenmeyer: Es ist alles in der Ordnung. Es gibt keine angemeldeten Leute ohne Heimatschein, ausser diejenigen, die seit Geburt hier sind. Diese Personen haben keinen gebraucht und brauchen erst einen, wenn sie sich abmelden. Im Übrigen wird der Heimatschein in ein paar Jahren sowieso abgeschafft.

Christine von Arx: Ich bin nicht hier geboren und nicht hier aufgewachsen. Ich habe einen Heimatschein gehabt und dieser ist zurück geschickt worden. Bin ich rechtmässig Einwohnerrätin oder nicht?

Die Sitzung wurde um 22.15 beendet.

Pratteln, 27. März 2006

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Werner Graber Bruno Helfenberger

Anhang:

Präsentation zum Geschäft Nr. 2413 von GR Ruedi Handschin